



dbb
beamtenbund
und tarifunion

Sicherheit in Deutschland

dbb Bürgerbefragung 2009 Spezial

2009

Vorwort

Mit „Sicherheit in Deutschland“ legen dbb und forsa. Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbh erstmals eine Studie zum Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger in der Bundesrepublik vor. Drei Fragen standen im Zentrum der Untersuchung: Welche Bedeutung hat der Bereich der inneren und äußeren Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger? Welche konkreten Sicherheitsrisiken und Bedrohungen sehen sie? Und welche Erwartungen richten sie vor allem in der Kriminalitätsbekämpfung an das staatliche Handeln? Die Umfrageergebnisse sind eindeutig: Das Recht auf körperliche Unversehrtheit und die Eigentumsrechte sind für die Bürgerinnen und Bürger hohe gesellschaftliche Güter, die sie durch wachsende Kriminalität zunehmend bedroht sehen. Staat und Politik – so die wichtigste Schlussfolgerung – gehen offensichtlich nicht entschlossen genug gegen Gewalt und Verbrechen vor. Die Bürgerinnen und Bürger sehen zum Beispiel erhebliche Defizite, was die Anzahl der zur Verfügung stehenden Polizeikräfte betrifft. Dies ist umso gravierender, als der Einsatz privater Sicherheitsdienste von den Befragten nur in Ausnahmefällen als Ersatz für die Polizei akzeptiert wird. Das Vertrauen der Menschen richtet sich auf den Staat.

Im Juli 2009 wurden im Rahmen dieser Untersuchung 1 009 erwachsene Bürgerinnen und Bürger mit Hilfe computergestützter Telefoninterviews befragt. Die Auswahl der Befragten erfolgte nach einem systematischen Zufallsverfahren, das sicherstellt, dass die Stichprobe in ihrer Struktur der Grundgesamtheit der erwachsenen Bevölkerung in Deutschland entspricht. Die ermittelten Befunde können somit – lediglich mit den bei allen Stichprobenerhebungen möglichen Fehlertoleranzen – auf die Gesamtbevölkerung übertragen werden. Die wichtigsten Ergebnisse der Untersuchung sind in dieser Broschüre in Auszügen dargestellt. Einige Ergebnisse werden mit denen einer Studie für die Alfred-Herrhausen-Gesellschaft für internationalen Dialog verglichen, die forsa im Sommer 2007 durchgeführt hat.

Die Studie kann auch im Internet unter www.dbb.de als PDF-Datei heruntergeladen werden.



(Peter Heesen)

– Bundesvorsitzender –

Die wichtigsten Aufgaben des Staates

Die befragten 1 009 Bürgerinnen und Bürger wurden 2009 wie auch schon 2007 gebeten, für zwölf Aufgabenbereiche anzugeben, ob sie den jeweiligen Bereich für eine sehr wichtige, wichtige, nicht so wichtige oder unwichtige Aufgabe des Staates halten.

Von über 60 Prozent aller Bürgerinnen und Bürger in Deutschland werden die Wahrung der Bürgerrechte, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Schaffung eines guten Gesundheitswesens als sehr wichtige Aufgaben des Staates angesehen.

Über 50 Prozent halten die Sicherung der Renten, die Bekämpfung der Kriminalität, den Schutz der persönlichen Daten vor Missbrauch, Maßnahmen zum Klimaschutz sowie die Wahrung der sozialen Gerechtigkeit für eine sehr wichtige Aufgabe des Staates.

Die Bekämpfung des weltweiten Terrorismus halten über 40 Prozent, die Einführung von Mindestlöhnen und den Schutz von Minderheiten über 30 Prozent für sehr wichtig. Die Begrenzung der Zuwanderung von Ausländern halten nur 15 Prozent für eine sehr wichtige Aufgabe des Staates.

> Die wichtigsten Aufgaben des Staates

	2009 %	2007 %	Veränderung 2009 – 2007
Bekämpfung der Arbeitslosigkeit	62	67	– 5
Sicherung der Renten	56	62	– 6
Schaffung eines guten Gesundheitswesens	61	61	0
Einführung von Mindestlöhnen	36	30	+ 6
Bekämpfung der Kriminalität	53	54	– 1
Bekämpfung des weltweiten Terrorismus	46	48	– 2
Wahrung der Bürgerrechte	64	63	+ 1
Schutz der persönlichen Daten vor Missbrauch	53	46	+ 7
Wahrung sozialer Gerechtigkeit	51	54	– 3
Schutz von Minderheiten	35	30	+ 5
Maßnahmen zum Klimaschutz	53	48	+ 5
Begrenzung der Zuwanderung von Ausländern	15	20	– 5

Ängste und Sorgen der Deutschen im Sommer 2009

44 Prozent aller Bundesbürger haben im Juli 2009 große Angst davor, dass sie selbst oder ein Familienmitglied den Arbeitsplatz verlieren könnten. Einschränkungen der persönlichen Freiheit fürchten 40 Prozent, 39 Prozent befürchten eine Verschlechterung der persönlichen Einkommenssituation beziehungsweise der eigenen sozialen Lage.

33 beziehungsweise 30 Prozent der Bürger fürchten, Opfer von Betrügern oder einer Gewalttat zu werden. 28 Prozent haben Angst vor einem Einbruch in ihre Wohnung, 24 Prozent vor einem Raub ihrer Hand- oder Brieftasche.

> Ängste und Sorgen der Deutschen

	Es macht	
	große Angst %	weniger bzw. keine Angst %
Verlust des Arbeitsplatzes	44	56
Einschränkung der persönlichen Freiheit	40	60
Verschlechterung der sozialen und Einkommenslage	39	61
Opfer von Betrügereien	33	67
Opfer einer Gewalttat	30	70
Wohnungseinbruch	28	72
Raub der Handtasche oder Brieftasche	24	76

Empfundene Bedrohungen in Deutschland

Bedrohungen für die Menschen in Deutschland gehen nach Meinung von 86 Prozent aller Bürgerinnen und Bürger von der Lage am Arbeitsmarkt aus. 80 Prozent fühlen sich durch Verrohung und Gewalt in der Gesellschaft bedroht, 74 Prozent durch die soziale Ungleichheit in der Gesellschaft und 73 Prozent von der Kriminalität.

Bedrohungen durch den Klimawandel sehen 71 Prozent, durch die ökonomische Lage 68 Prozent, durch Terroranschläge 58 Prozent und durch den Zuzug von Ausländern 24 Prozent.

Im Vergleich zu 2007 wird die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit 2009 zwar etwas weniger häufig als wichtige Aufgabe des Staates eingeschätzt; doch die von der Lage am Arbeitsmarkt und der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage ausgehenden Bedrohungen werden 2009 als größer eingeschätzt als 2007.

Bedrohungen durch den Zuzug von Ausländern, durch Terroranschläge oder soziale Ungerechtigkeit werden 2009 in etwas geringerem Maße als 2007 gesehen.

> Bedrohungen in Deutschland

Kann sich für das Leben der einzelnen Menschen in Deutschland bedrohlich auswirken	2007 %	2009 %	Veränderung 2009–2007
Arbeitslosigkeit	80	86	+ 6
Verrohung und Gewalt in der Gesellschaft	83	80	– 3
soziale Ungleichheit	79	74	– 5
Kriminalität	71	73	+ 2
Klimawandel	73	71	– 2
ökonomische Lage	44	68	+ 24
Terroranschläge	66	58	– 8
Zuzug von Ausländern	32	24	– 8

Einschätzung des Zustandes der Gesellschaft

50 Prozent der Befragten glauben, dass die Gesellschaft in Deutschland alles in allem eher durch Harmonie und Friedfertigkeit denn durch Konflikte und Gewalt geprägt ist. Mit 46 Prozent glauben aber beinahe genauso viele Menschen, dass in der Gesellschaft von heute eher Konflikte und Gewalt vorherrschen.

› Meinungen zum Zustand der Gesellschaft in Deutschland

	Die Gesellschaft in Deutschland ist alles in allem eher	
	friedlich und harmonisch	durch Konflikte und zunehmende Gewalt gekennzeichnet *)
	%	%
insgesamt	50	46
Ost	50	48
West	50	46
Männer	57	40
Frauen	44	53
18- bis 29-Jährige	45	52
30- bis 44-Jährige	47	50
45- bis 59-Jährige	47	49
60 Jahre und älter	57	40
Anhänger der: CDU/CSU	56	41
SPD	59	40
FDP	51	48
Grünen	55	44
Linke	39	58
Nichtwähler	33	66

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Einschätzung der Sicherheit in Deutschland

61 Prozent aller Bundesbürger haben den Eindruck, dass die Kriminalität in Deutschland in den letzten Jahren zugenommen hat. Nur wenige (acht Prozent) glauben, dass sich das Ausmaß der Kriminalität verringert habe. 31 Prozent meinen, das Ausmaß der Kriminalität sei in den letzten Jahren unverändert geblieben. Diese Einschätzung hat sich seit 2007 nicht verändert.

> Einschätzung der Entwicklung der Kriminalität in Deutschland

	Die Kriminalität hat in den letzten Jahren in Deutschland		
	zugenommen	abgenommen	ist unverändert geblieben
	%	%	%
insgesamt 2007	63	6	31
2009	61	8	31
Ost	67	4	29
West	60	8	32
Männer	56	10	34
Frauen	66	5	29
Hauptschule	71	6	23
mittlerer Abschluss	69	5	26
Abitur, Studium	49	10	41
Anhänger der: CDU/CSU	67	8	25
SPD	56	6	38
FDP	65	11	24
Grünen	39	10	51
Linken	54	2	44

Trotz des verbreiteten Gefühls, dass die Kriminalität in Deutschland insgesamt zugenommen hat, sagen wie 2007 auch im Sommer 2009 fast 90 Prozent, am eigenen Wohnort könnten sich die Bürger sicher fühlen. Im Norden und Süden der Republik sowie in den kleineren Gemeinden und Orten sagen dies sogar mehr als 90 Prozent.

> Sicherheit am Wohnort

Am eigenen Wohnort können sich die Menschen sicher fühlen	
	%
insgesamt 2007	88
2009	89
Ost	87
Nord	93
Nordrhein-Westfalen	85
Mitte	89
Süd	95
Ortsgröße:	
– unter 5.000 Einwohner	92
– 5.000 bis 20.000 Einw.	95
– 20.000 bis 100.000 Einw.	87
– 100.000 bis 500.000 Einw.	88
– 500.000 Einwohner und mehr	84

Bedrohung durch Kriminalität

Besonders bedroht fühlen sich die Menschen in Deutschland nach Einschätzung der befragten Bürgerinnen und Bürger vor allem durch die Gewalt an Schulen, durch Misshandlungen von Kindern, durch Betrügereien, durch Gewalt von Rechtsextremen, durch Einbrüche und Diebstähle sowie durch organisierte Banden.

> Bedrohung durch Kriminalität

Die Menschen in Deutschland fühlen sich ganz besonders bedroht durch:	insgesamt		Ost	West	Männer	Frauen
	2007	2009				
	%	%				
Gewalt an Schulen	85	80	75	81	78	82
Kindesmisshandlungen	79	80	81	80	78	83
Betrügereien	71	74	82	72	76	72
Gewalt von Rechtsextremen	68	69	76	68	66	73
Einbrüche und Diebstähle	68	68	71	67	64	71
organisierte Banden	69	66	60	67	66	65
rassistische Übergriffe	62	64	59	65	63	65
Überfälle	64	61	65	60	58	64
Drogenhandel	61	60	59	60	58	62
gewalttätige Krawalle	57	58	60	58	58	58
Gewalt von Ausländern	55	51	42	53	50	52
Gewalttätigkeiten in der Familie	46	48	48	49	43	54
frauenfeindliche Übergriffe	40	46	44	46	47	45
Menschenschmuggel	32	32	35	32	31	34

Die zunehmende Internetkriminalität empfinden 41 Prozent der Bundesbürger als sehr bedrohlich, 37 Prozent als bedrohlich. Nur wenige (17 Prozent) halten die Internetkriminalität für weniger bedrohlich. Die Einschätzungen unterscheiden sich dabei in den einzelnen Bevölkerungsgruppen nicht wesentlich.

> Meinung zur Internet-Kriminalität

	Die zunehmende Internet-Kriminalität halten für		
	sehr bedrohlich	bedrohlich	eher nicht bedrohlich*)
	%	%	%
insgesamt	41	37	17
Ost	32	35	28
West	43	38	15
Männer	34	39	24
Frauen	49	35	11
18- bis 29-Jährige	36	41	23
30- bis 44-Jährige	36	41	21
45- bis 59-Jährige	47	35	15
60 Jahre und älter	48	34	9
Anhänger der: CDU/CSU	51	32	15
SPD	42	34	21
FDP	37	39	18
Grünen	34	49	15
Linke	41	42	12

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

22 Prozent der befragten Bürgerinnen und Bürger geben an, schon einmal Opfer von Betrügereien geworden zu sein. 21 Prozent geben an, dass ihnen schon einmal etwas aus dem Auto gestohlen worden ist. 16 Prozent sagen, sie seien schon einmal Opfer einer Gewalttätigkeit geworden, 13 Prozent geben an, Opfer eines Taschendiebstahls geworden zu sein und zehn Prozent wurden Opfer eines Wohnungseinbruchs.

In den Großstädten mit mehr als 500 000 Einwohnern wurden die Bürger nach eigenen Angaben eher Opfer von Autodiebstählen, von Gewalttätigkeiten, von Taschendiebstählen und von Wohnungseinbrüchen als die Bewohner in kleineren Gemeinden mit weniger als 5 000 Einwohnern.

> Opfer von Straftaten

	insgesamt*)	Ost	West	Dorf**)	Großstadt***)
	%	%	%	%	%
Betrügereien	22	21	22	26	23
Diebstahl aus dem Auto	21	13	23	20	27
Gewalttätigkeiten, Schlägereien	16	21	15	9	20
Taschendiebstahl	13	11	13	11	14
Wohnungseinbrüche	10	8	11	4	11
Autodiebstahl	6	6	6	4	6
Raubüberfall	3	2	4	1	5
nichts davon	42	45	42	47	38
	18–29 Jahre alt	30–44 Jahre alt	45–59 Jahre alt	60 Jahre und älter	
	%	%	%	%	
Betrügereien	26	30	24	13	
Diebstahl aus dem Auto	8	24	32	18	
Gewalttätigkeiten, Schlägereien	30	14	15	4	
Taschendiebstahl	8	9	14	17	
Wohnungseinbrüche	5	9	13	14	
Autodiebstahl	1	6	11	6	
Raubüberfall	1	4	2	6	
nichts davon	43	43	36	49	

*) Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

**) weniger als 5.000 Einwohner

***) über 500.000 Einwohner

35 Prozent aller Bundesbürger sehen die Ursache für die wachsende Gewalt in der Gesellschaft darin, dass die Menschen durch diese Entwicklung so stark eingeschüchtert werden, dass sie sich nicht mehr zur Wehr setzen.

Mit 67 Prozent werfen allerdings mehr Befragte den Bürgern selbst vor, zu wenig Zivilcourage zu zeigen und sich nicht in ausreichendem Maße gegen die Gewalttendenzen zur Wehr zu setzen.

> Vermutete Ursache für wachsende Gewalt

	Die wachsende Gewalt schüchtert die Menschen so sehr ein, dass sie sich nicht mehr wehren	Bürger haben zu wenig Zivilcourage
	%	%
insgesamt	35	67
Ost	37	66
West	35	67
18- bis 29-Jährige	36	73
30- bis 44-Jährige	31	68
45- bis 59-Jährige	40	66
60 Jahre und älter	37	62
Hauptschule	50	68
mittlerer Abschluss	37	69
Abitur, Studium	30	63
Anhänger der: CDU/CSU	35	62
SPD	39	77
FDP	33	62
Grünen	26	75
Linke	51	76

Der Staat und die Bekämpfung der Kriminalität

Zwei Drittel aller Bundesbürger meinen, der Staat tue nicht genug zur Bekämpfung der Kriminalität.

> Tut der Staat genug zur Bekämpfung der Kriminalität?

	Der Staat tut genug zur Bekämpfung der Kriminalität	
	ja	nein*)
	%	%
insgesamt	32	66
Ost	21	76
West	34	63
Männer	33	65
Frauen	30	66
Hauptschule	26	71
mittlerer Abschluss	30	68
Abitur, Studium	36	61
Anhänger der: CDU/CSU	36	61
SPD	39	59
FDP	30	70
Grünen	42	52
Linke	15	79

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Von denen, die der Meinung sind, der Staat müsse mehr zur Bekämpfung der Kriminalität tun, erwarten die meisten eine Erhöhung der Präsenz der Polizei und härtere Strafen für Kriminelle.

› Was müsste der Staat mehr zur Bekämpfung der Kriminalität tun?

	insgesamt*)	Ost	West
	%	%	%
höhere Polizeipräsenz	38	39	37
härtere Strafen	35	42	34
mehr für Jugendliche tun	9	5	10
mehr Prävention	8	6	9
mehr Überwachung	7	3	8
mehr soziale Gerechtigkeit schaffen	5	5	5
bessere Aufklärung	4	3	4
Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit, Armut	3	4	3
Sicherheit an Schulen erhöhen	3	2	3
Abschiebung krimineller Ausländer	2	1	2
bessere Integration der Ausländer	2	0	2

*) Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

73 Prozent aller Bürger fänden es richtig, eine vollständige Videoüberwachung auf öffentlichen Plätzen, Bahnhöfen, Flughäfen oder in Stadien und großen Einkaufszentren vorzunehmen. 61 Prozent glauben auch, dass eine solche vollständige Überwachung erfolgreich zur Verbesserung der öffentlichen Sicherheit beitragen könne.

> Meinungen zur Videoüberwachung

	Eine vollständige Überwachung auf öffentlichen Plätzen, Bahnhöfen, Flughäfen, Stadien oder großen Einkaufszentren halten für	
	richtig %	erfolgreich %
insgesamt	73	61
Ost	70	54
West	73	62
Männer	68	57
Frauen	77	64
18- bis 29-Jährige	64	41
30- bis 44-Jährige	75	55
45- bis 59-Jährige	70	65
60 Jahre und älter	82	77
Anhänger der: CDU/CSU	82	67
SPD	79	66
FDP	86	75
Grünen	59	42
Linken	51	46

Dass durch Maßnahmen zur Erhaltung der inneren Sicherheit die Freiheitsrechte der einzelnen Menschen zu sehr eingeschränkt würden, glaubt nur eine Minderheit von 22 Prozent. Die Mehrheit von 75 Prozent meint, dass dies für die Menschen zumutbar sei.

> Einschränkung von Freiheitsrechten zumutbar?

	Durch die Maßnahmen zur Erhaltung der inneren Sicherheit werden die Freiheitsrechte der einzelnen Menschen zu sehr eingeschränkt	
	ja %	nein, das ist für die Menschen zumutbar %
insgesamt	22	75
Ost	24	74
West	21	75
Männer	29	68
Frauen	15	81
18- bis 29-Jährige	33	64
30- bis 44-Jährige	23	74
45- bis 59-Jährige	25	71
60 Jahre und älter	13	84
Anhänger der: CDU/CSU	10	87
SPD	17	82
FDP	23	74
Grünen	34	62
Linke	43	55

75 Prozent aller Bundesbürger halten es auch für zumutbar, dass Aspekte des Datenschutzes außer Kraft gesetzt werden, um dadurch einen Missbrauch des Internets – etwa bei Kinderpornografie oder durch Rechtsextremisten – zu verhindern.

> **Lockerung des Datenschutzes bei der Bekämpfung der Internetkriminalität?**

Dass Aspekte des Datenschutzes außer Kraft gesetzt werden, um den Missbrauch des Internets zu verhindern, halten für zumutbar		
	ja %	nein*) %
insgesamt	75	21
Ost	76	19
West	75	21
18- bis 29-Jährige	67	30
30- bis 44-Jährige	71	28
45- bis 59-Jährige	80	16
60 Jahre und älter	79	14
Anhänger der: CDU/CSU	80	18
SPD	79	19
FDP	70	26
Grünen	68	25
Linke	73	24

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Die in einigen Bundesländern bei Demonstrationen eingesetzte so genannte „Deeskalations-Strategie“ hat sich nach Meinung von 41 Prozent aller Bundesbürger bewährt, nach Meinung von 32 Prozent nicht bewährt. Relativ viele (27 Prozent) aber können kein Urteil zum Erfolg oder Nicht-Erfolg dieser Strategie abgeben.

> Meinungen zur „Deeskalationsstrategien“

Die in einigen Bundesländern eingesetzten Deeskalationsstrategien haben sich bewährt			
	ja %	nein %	weiß nicht %
insgesamt	41	32	27
Ost	31	43	26
Nord	50	24	26
Nordrhein-Westfalen	38	31	31
Mitte	50	22	28
Süd	43	34	23
Anhänger der: CDU/CSU	33	38	29
SPD	48	29	23
FDP	39	35	26
Grünen	63	17	20
Linke	57	21	22

Die Bürger und die Polizei

38 Prozent aller Bundesbürger glauben, dass die Polizei die Kriminalität in Deutschland bekämpfen kann. Die Mehrheit der Bürger ist somit nicht davon überzeugt, dass die Polizei der Kriminalität im Lande gegenwärtig wirklich Herr werden kann.

> Einschätzung der Fähigkeit der Polizei

	Die Polizei in Deutschland kann die Kriminalität wirksam bekämpfen
	%
insgesamt	38
Ost	36
West	38
Männer	42
Frauen	34
18- bis 29-Jährige	41
30- bis 44-Jährige	36
45- bis 59-Jährige	40
60 Jahre und älter	33
Hauptschule	28
mittlerer Abschluss	35
Abitur, Studium	43
Anhänger der: CDU/CSU	44
SPD	34
FDP	35
Grünen	48
Linke	29

Kaum jemand glaubt dagegen, dass es in Deutschland zu viel Polizei gäbe. Bei zwei Dritteln herrscht vielmehr der Eindruck, es gäbe zu wenig Polizisten. Dieser Eindruck findet sich in allen Bevölkerungs- und Wählergruppen.

> In Deutschland: Zu viel oder zu wenig Polizei?

	In Deutschland gibt es		
	zu viel Polizei %	zu wenig Polizei %	Zahl ist gerade richtig*) %
insgesamt	2	67	28
Ost	2	75	21
West	2	65	30
18- bis 29-Jährige	4	53	42
30- bis 44-Jährige	1	71	25
45- bis 59-Jährige	2	65	29
60 Jahre und älter	2	73	22
Hauptschule	1	76	18
mittlerer Abschluss	2	69	29
Abitur, Studium	3	61	32
Anhänger der: CDU/CSU	3	71	24
SPD	1	66	31
FDP	2	64	32
Grünen	1	51	47
Linke	2	77	20

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Die Bekämpfung der Kriminalität, die Verkehrsregelung und -überwachung sowie die Sicherheitskontrollen an Flughäfen sollten nach Meinung der Mehrheit der Bundesbürger unbedingt Aufgabe der Polizei bleiben.

> Privatisierungen im Bereich der öffentlichen Sicherheit?

	ist unbedingt eine Aufgabe der Polizei	könnte auch von privaten Sicherheits- diensten über- nommen werden	könnte von privaten Diensten besser und billiger gemacht werden*)
	%	%	%
Bekämpfung der Kriminalität	92	6	1
Verkehrsregelung	75	20	4
Verkehrsüberwachung	57	31	10
Sicherheitskontrollen an Flughäfen	54	34	10
Schutz bei Großveranstaltungen	43	39	16
Schutz von Gebäuden oder Wohnvierteln	29	48	21

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

IMPRESSUM

Herausgeber: Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion,
Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin

Quelle: forsa. Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH,
„Sicherheit in Deutschland: Empfindungen und Einschätzungen der Bürger“,
Redaktionsschluss: 31. Juli 2009

Redaktion: Jan Brenner, dbb

Gestaltung: Marian-Andreas Neugebauer, Titelfoto: Eduard N. Fiegel

Druck: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH Düsseldorf,
Höherweg 278, 40231 Düsseldorf

